

Ziviler Ungehorsam ist mehr als ein Seminarthema für Verfassungsjuristen. Vor allem ist er, mit Max Weber: Kampf – politischer Kampf, der gewonnen werden will auf Kosten anderer, die ihn verlieren sollen. Verlierer soll sein, wer ein Recht in Anspruch nimmt, das in Widerspruch zu einem nach Ansicht der zivil Ungehorsamen höheren Recht steht. Ebenfalls verlieren soll der Staat, der das niedere, nur „legale“, nicht aber „legitime“ Recht erlassen hat und zur Geltung bringt.

Kämpfe über Recht und Unrecht, Legalität und Legitimität werden nicht auf dem Papier entschieden, sondern von warm bodies, wie man in Amerika sagt. Sie müssen sich vor aller Augen abspielen, weshalb die den Rechtsgehorsam verweigernden Verfechter des legitimen, wenn auch (noch!) nicht legalen Rechts, massenhaft auftreten müssen, um ihre Betroffenheit als eine allgemeine erscheinen zu lassen. Ihr Ziel muss sein, die beobachtende Öffentlichkeit dazu zu bringen, vom Staat als dem Herrn der Legalität zu verlangen, sein Recht und sein Handeln nicht an dieser, sondern an der Legitimität seiner Opponenten zu orientieren.

Ob das gelingt, hängt nicht notwendig davon ab, wer die besten verfassungsrechtlichen Argumente hat. Wer die Redeschlacht der Juristen gewinnt, hat damit noch nicht die Schlacht um Herz und Verstand der zuschauenden Massen gewonnen. Im Nebel des politischen Schlachtfelds ist man, wie vor Gericht und auf hoher See, in Gottes Hand. Die Strategen auf beiden Seiten müssen deshalb nicht nur ihren Rechtsstandpunkt vertreten. Zugleich müssen sie siegversprechende Taktiken entwickeln – die Staatsorgane und die Nutznießer der Legalität, um ihrer politischen Entmachtung zu entgehen, und ihre Herausforderer, um die Nutzer des positiven Rechts als Nichtsnutze kenntlich zu machen und ihre staatlichen Helfer als nützliche Idioten, wenn nicht gar heimliche Verbündete. Dabei kann man Glück haben oder Pech.

Der Schreiber dieser Zeilen steht dem Einsatz zivilen Ungehorsams als Kampfmittel für eine gerechte Sache nicht ablehnend gegenüber; im Gegenteil. Als Nicht-Jurist ist er aber überzeugt, dass auch die Leidenschaft für das Gute nicht zu gesinnungsethischem Selbstzweck, sondern mit politischem Augenmaß, das heißt: mit Aussicht auf Erfolg, mobilisiert werden sollte. Um das Register zu wechseln: Gefragt, ob ich einen der verschiedenen Aufrufe zur „Verhinderung“ des AfD-Parteitags in Erfurt unterschreiben wolle, habe ich mich in der Befürchtung verweigert, dass den Organisatoren der Stein, den sie sich anschickten zu erheben, auf die Füße fallen würde, wenn nicht verfassungsrechtlich, dann politisch. Dabei spielte die Erinnerung eine Rolle, dass ich vor nunmehr schon langen Jahren, genauer: im Juli 1969, in Frankfurt als Vertreter des ASTa und der Jungsozialisten einen Protest gegen eine Kundgebung der NPD mitorganisiert hatte, wobei ich rückblickend nicht mehr herausfinden kann, ob es dabei auch um eine „Verhinderung“ ging; wahrscheinlich ja. Jedenfalls taten im Verlauf der Ereignisse die NPD und die



Protest in Gießen gegen eine Versammlung der NPD im Jahr 1969.

IMAGO

Man muss auch gewinnen können

Wann lohnt sich ziviler Ungehorsam gegen die AfD? Der Protest 1969 gegen die NPD als Beispiel. Von Wolfgang Streeck

der androhen noch ausüben, wie Günther Gillesen ein paar Tage nach dem Frankfurter Ereignis in einem bemerkenswerten Artikel in der FAZ auseinanderlegte. Wenn es hart auf hart kommt, müssen sie die Polizei rufen. Die Saalordner der NPD freilich neigten dazu, sich auch öffentlich sehen zu lassen, wobei sie an einer uniformähnlichen Montur zu erkennen waren, die Motorradhelme mit heruntergezogenem Visier, weiße Lederjacken, schwarze Koppeln, Stöcke und Hämmer einschloss; mit etwas Fantasie konnte man hier Anklänge an die SA, die Privatarmee der NSDAP, erkennen.

Sowohl bei der Vorbereitung unserer Protestveranstaltung als auch bei deren Nachbereitung in der Öffentlichkeit spielte die Saalschutztruppe der NPD eine zentrale Rolle. Etwa einen Monat vor der Frankfurter Kundgebung hatte ein Gericht in Darmstadt die Ausrüstung der NPD-Schutztruppe überraschend als „nicht unstatthaft“ und „nicht unangemessen“ bezeichnet, „zumal da die Ordner, da ausreichender Polizeischutz zumindest anfangs nicht vorhanden war, vor dem (Versammlungs-)haus unmittelbar den Demonstranten entgegentreten mussten, um den Eingang freizuhalten. Gerade hierbei konnte auch die Verwendung von Koppeln einen ebenfalls aus der Polizeipraxis geläufigen Zweck haben, notfalls eine schützende Kette zu bilden“ (zitiert bei Gillesen). Wir hatten von dem Beschluss gehört und waren gespannt, was dieser für Frankfurt bedeuten würde.

Die NPD-Versammlung fand in einer Konzert- und Theaterbühne am Großen Hirschgraben gleich neben dem Goethehaus statt, dem sogenannten

Cantate-Saal. Wie gesagt, ich weiß nicht mehr, ob wir die Veranstaltung „verhindern“, „blockieren“, „stören“ oder was auch immer wollten; jedenfalls kam es zu nichts dergleichen. Als wir vor dem Eingang ankamen, war im Saal die Kundgebung schon im Gange; anscheinend hatte sich ein Hintereingang gefunden, durch den die Teilnehmer, vermutlich beraten von der in großer Zahl einschließlich ihres Präsidenten anwesenden Polizei, den Saal betreten konnten. Draußen wie drinnen wurden Reden gehalten, bis plötzlich die Saalordner, zwanzig etwa, vor der Eingangstür erschienen, rechtlich nicht mehr Saalordner, faktisch aber dafür umso eindrucksvoller uniformiert. Es kam, wie man sagt, „zu Handgreiflichkeiten“; die Presse berichtete später von zwei Demonstranten, die abseits des Versammlungsorts von Saalordnern niedergeschlagen worden waren. Die Polizei tat wenig, wenn überhaupt, und schaute im Wesentlichen zu, was bei uns, aber auch bei den ebenfalls zuschauenden Journalisten den Eindruck erweckte, dass ihr Herz jedenfalls nicht auf Seiten der Demonstranten war. Irgendwann, nach einiger Zeit, löste sich die Szene auf, und wir konnten beginnen, Bilanz zu ziehen.

Diese hätte nicht besser sein können. Die Bilder von der Quasi-SA der NPD, weitverbreitet in Presse und Fernsehen, lösten landesweit Entsetzen aus; Frankfurt war, anders als kleinere Städte, nicht zu übersehen. Das Darmstädter Urteil war ausreichend diskreditiert, um den Rechtsstaat mithilfe eines Erlasses des Hessischen Innenministeriums auf den liberalen Weg zurückzubringen. Und die Frankfurter Polizei

musste hinnehmen, dass die SPD im Frühjahr 1970 unter ihrem neuen, linken Oberbürgermeister Walter Möller auf Druck ihres Parteitags die Ablösung des Polizeipräsidenten durchsetzte. Am wichtigsten aber: Ein paar Monate nach der Kundgebung endete die NPD bei der Bundestagswahl bei 4,3 Prozent, bei einer Wahlbeteiligung von nicht weniger als 86,7 Prozent, und noch am Wahlabend bot die FDP der SPD unter ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt die Bildung einer sozialliberalen Koalition an, obwohl die CDU ein paar Prozentpunkte mehr gewonnen hatte als die SPD. Wäre die NPD in den Bundestag gekommen, und vielleicht wäre sie das ohne die Frankfurter Ereignisse, dann wäre eine Fortsetzung der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger wahrscheinlich gewesen, seines Zeichens immerhin ehemaliger stellvertretender Leiter der Rundfunkabteilung in Ribbentrops Auswärtigem Amt.

Ganz anders Erfurt. Anders als die NPD von 1969 ist die AfD von 2026 nicht eine neue und unerfahrene Kleinpartei, sondern die landesweit etablierte Partei der Wahl für ein gutes Drittel der Wählerschaft, derzeit in den Umfragen die stärkste Partei in Deutschland, deutlich stärker als die CDU/CSU. Auch war Erfurt nicht einfach eine örtliche Wahlkundgebung, sondern ein Bundesparteitag, wie ihn eine Partei nach dem Parteiengesetz abzuhalten verpflichtet ist – eine weitere rechtliche, aber auch durchaus legitimationsfähige Barriere gegen eine „Verhinderung“, zusätzlich zum verfassungsmäßigen Recht auf Versammlungsfreiheit. Gut beraten verzichtete die AfD nicht nur auf paramilitärische Zurschaustellung

von trainierter Gewaltbereitschaft, sondern unterwarf sich den Anweisungen der Polizei; diese war ihrerseits entschlossen, den Parteitag zu schützen, ohne es auf gewalttätige Auseinandersetzungen ankommen zu lassen. Schon vorher hatten die juristischen Experten der Verhinderungsbewegung seltsamerweise staatschonend von zivilem Ungehorsam „gegen die AfD“ (Michaels und Gräfe in der taz) geschrieben, als ob irgendjemand der AfD Gehorsam schuldet, den er ihr dann verweigern könnte; der Staat, der, so könnte man glauben, allein Adressat von zivilem Ungehorsam sein kann, kam nicht vor.

Drohungen der AfD blieben aus, nächstens ebenfalls das Recht auf „zivilen Ungehorsam“ in Anspruch zu nehmen und einen Parteitag einer anderen Partei – vielleicht der Linken? – zu blockieren. Stattdessen begaben sich ihre Delegierten schon früh am Morgen, offenbar unter polizeilicher Bedeckung, in das Konferenzzentrum und machten so die geplante Blockade gegenstandslos. Politisch, wenn nicht rechtlich, ergab sich damit ein Bündnis für Rechtsstaatlichkeit und Landfrieden zwischen einer professionell unparteiisch agierenden Polizei und einer besonnen-staatsmännischen AfD gegen eine außerhalb der Legalität nach Maßgabe ihrer Privatlegitimität agierende, allerdings augenscheinlich überhöhlte Opposition. Ob insgeheim auch die selbstberufenen Verhinderer eingebunden waren, weiß man nicht – sie würden es vor dem Hintergrund ihrer Rhetorik aber auch nicht zugeben können.

Im Ergebnis dürften die Erfurter Ereignisse niemanden, der Gründe zu haben glaubt, seine Stimme der AfD zu geben, davon abgebracht haben; im Gegenteil könnten potenzielle Wähler sich ermutigt fühlen, denen die Partei vorher nicht bürgerlich-seriös genug erschien. Auch dass die von einigen Sprechern der Verhinderungsbewegung angekündigten 40.000 Verhinderer aus ganz Europa nirgends zu sehen waren, der Elefant des zivilen Ungehorsams sich insofern also als Mücke herausstellte, kann als politische Niederlage der AfD-Gegner gewertet werden, und wird sicher von der AfD so gewertet. Bezeichnend ist, wie von juristischen Unterstützern des Verhinderungsprojekts nachträglich behauptet wird, dieses habe nie mehr als „einige Straßensperren und andere Störungen des Alltagslebens“ (Ulrich K. Preuß in der FAZ) im Sinne gehabt, derentwegen man sich angesichts des heraufziehenden Faschismus doch nicht so haben sollte.

Dass andererseits die Frankfurter Kundgebung gegen die NPD so erfolgreich war, war zum Teil Glückssache und zum Teil günstigen äußeren Umständen geschuldet, für welche die Organisatoren nichts konnten. Dass NPD und Polizei sich ins Unrecht gesetzt hatten, nicht nur der Legitimität, sondern wohl auch der Legalität nach, war das eine; am Ende aber dürften die allgemeinen politischen Verhältnisse wichtiger gewesen sein. Frankfurt wie Erfurt fanden in einem Wahljahr unter einer Großen Koalition statt. Der Unterschied war, dass diese 1969 auseinanderstrebte, während sie sich heute unter dem Druck ständig

1969 war für eine „Alternative für Deutschland“ am rechten Rand kein Platz, weil es eine solche schon im Zentrum gab

zurückgehender Zustimmung auf Gedeih und Verderb aneinander geschmiedet hat. 1969 war für eine „Alternative für Deutschland“ am rechten Rand kein Platz, weil es eine solche schon im Zentrum gab: Brandt gegen Kiesinger, Schiller gegen Strauß, Brenner gegen Schleyer, „Mehr Demokratie wagen“ gegen „Formierte Gesellschaft“ – eine Politisierung in der Mitte des politischen Systems, die es ihm ermöglichte, die Wählerschaft als Ganze zu repräsentieren. So erhielt denn auch die NPD in den drei Bundestagswahlen nach 1969 nur noch 0,6, 0,3 und 0,2 Prozent der Stimmen.

Heute dagegen herrscht im Zentrum Thatchers Göttin TI-NA: There Is No Alternative, und die AfD ist der Widerspruch von unten gegen die vereinigte Staatsraison der vereinigten Mitte oben. Die Organisatoren und Fürsprecher des von ihnen selbstermächtigt als private Ersatzvornahme im Namen der Verfassung erlassenen, wenn auch Gott sei Dank nicht durchgesetzten Erfurter Parteitagverbots scheinen tatsächlich zu glauben, dass ein staatliches Verbot der AfD die Probleme lösen kann, die heute in allen nicht-mehr-ganz-so-reichen kapitalistischen Demokratien die Politik verhexen: Das Damoklesschwert der Austerität, das am Seidenfaden des globalen Kreditsystems über den Gesellschaften des globalen Nordens schwebt, die die wachsenden Gemeinkosten der kapitalistischen Produktionsweise aus ihren infolge globaler Konkurrenz und ebenso globaler Steuerflucht sinkenden Einkommen nur noch so lange werden bestreiten können, wie sie in den Augen ihrer Gläubiger noch als kreditwürdig erscheinen.

Das wird nicht immer so bleiben, allen noch so verzweifelte Buchhaltungstricks zum Trotz. Ob mit oder ohne AfD-Parteitage, der Tag der Abrechnung kommt, und wer dann die Verlierer sein werden, sind nicht die in den Jahren des schuldenfinanzierten Neoliberalismus immer zahlreicher gewordenen Oligarchen. Es ist die sich bahnbrechende Ahnung, dass auch die entschlossenste Weiterverschuldung keinen Graeber'schen Großen Schuldenerlass bewirken wird, aus welcher die Unruhe erwächst, die alle ergriffen hat: das Zentrum wie die Peripherie, die bedrängten „Demokraten“ ebenso wie die sie bedrängenden „Populisten“, links wie rechts, vor allem aber die Wähler. Nichts dergleichen gab es 1969.

Wolfgang Streeck, geboren 1946, war bis 2014 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln.

Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der British Academy sowie Honorary Fellow der Society for the Advancement of Socio-Economics.

Es gibt Sprachen, bei denen hat, jedenfalls der, die sie nicht versteht, den Eindruck, sie würden nicht gesprochen, sondern gesungen. Das Ungarische lässt meine Ohren, da die Worte ihnen nichts sagen, ganz ihrem Klang folgen. Es ist eine schöne Erfahrung zu bemerken, dass unsere Sinne sich umzustellen vermögen, dass sie aber auch immer auf eine Bedeutung lauern. Meine jedenfalls jagen nicht danach. Sie sitzen in ihren Verstecken hinter den Lidern oder tief im Ohr, vergraben in den Poren und nehmen auf und wahr. Und sie erinnern sich. Jetzt zum Beispiel an die Stimme Péter Nádas'. Vor vielen Jahren kannte ich ihn ein wenig.

Ich sprach immer wieder mit ihm und obwohl wir Deutsch sprachen, ich also jedes Wort verstand, prägte sich mir der Klang seiner Stimme ein.

Es war Musik. Nein, nein, kein strahlender Heldenenor. Es waren keine Arien. Es war mehr ein Singsang. Ein Nina-Nana, wie man auf Italienisch sagt. Ein Schlaflied, etwas, das mehr gesummt als gesungen erschien. Man spricht gerne vom Heraussingen. Nádas sang in sich hinein. Leise, zugewand. Als wollte er sich beruhigen. Seinen Gesprächspartner ließ er teilhaben an dieser Versenkung ins offenbar höchst gefährdete Selbst. Das heißt nicht, dass er nur mit sich beschäftigt war, dass er nicht zuhören konnte, dass also kein Gespräch mit ihm möglich war. Eher im Gegenteil. Dadurch, dass er immer ganz dabei war, erfuhr ich durch ihn, was ein Gespräch ist. Eben keine Unterhaltung, kein Austausch von Meinungen und Ansichten, sondern dem Gegenüber werden Einblicke ermöglicht ins Innere des Anderen.

Sie merken: Ich schildere einen Erzähler, einen, der sich öffnet, um andere zu öffnen. Der am 14. Oktober 1942 geborene Péter Nádas erklärte gerne, er könne nicht heraus aus seinen Erfahrungen, er habe, auch wenn er sich seiner Fantasie überließe, nur sie. Karl May, den er sehr bewundere, sei da ganz anders gewesen, der sei vor seinen Erfahrungen in sein Schreiben geflohen. Wer Péter Nádas liest, der ist dabei, wie jemand immer wieder über seine Wunden, über den geschun-

Mit und gegen die Textmusik

Am 26. August starb der große ungarische Erzähler Péter Nádas. Von Arno Widmann

denen und den verzückten Körper streicht, als wolle er ihn beruhigen und zugleich teilhaben lassen an seinen Aufregungen. Immer wieder. „Alle Lust will Ewigkeit.“ Ewigkeiten des Schreibens und Ewigkeiten des Lesens. Elf Jahre schrieb Nádas am „Buch der Erinnerung“ (1016 Seiten) von 1986 und achtzehn am Roman „Parallelgeschichten“ (1724 Seiten) von 2005. Daneben scheint sein jüngster Roman „Schauer- geschichten“ (2022) mit seinen 575 Seiten fast schmalbrüstig. Das sind Umfänge, die die Arbeitskraft des Schreibenden in die Erschöpfung treiben können und wohl immer wieder auch getrieben haben.

Aber es kommt mir nahezu unmöglich vor, dass jemand, der jeden Tag arbeiten geht, eine Familie hat, diese Romane lesen kann. Hinzu kommt: Nádas jagt in seinen Büchern keinen Helden durch immer neue Gefahren, die er alle besteht. Er bewegt sich in Parallelgeschichten, die, mal den Gesetzen der Geometrie folgend, einander nicht begegnen, dann wieder stoßen sie, unberechenbar wie das Leben selbst, aufeinander. In meinem Exemplar von „Parallelgeschichten“ finden sich immer wieder am Rand Seitenzahlen, die auf Hunderte von Seiten zurückliegende Episoden hinweisen, die jetzt wichtig werden. Wie soll das jemand lesen in den wenigen Stunden, die ihr oder ihm zwischen Arbeit und Familie bleiben?

Wer in einer Stunde dreißig Seiten liest, bei Nádas sind es eher weniger, der braucht für die „Parallelgeschichten“ etwa 60 Stunden. Das ist selbst für eine Lehrerin in den großen Ferien kaum zu schaffen.

Dennoch: Weltweit wurden seine Bücher von Hunderttausenden gelesen in einem Dutzend Sprachen.

Das lag auch an der Musik. Das Aufhören, erklärte Nádas gerne, falle ihm schwer. Ihm gehe es wie Beethoven, meinte er lächelnd: Der setze auch gerne auf einen Schluss noch einen und noch einen. Er müsse darüber, je titanischer Beetho-



Péter Nádas (1942-2026).

IMAGO/PHILIPPE MATSAS

ven sich jedes Mal gebe, immer wieder herzlich lachen.

Ich hörte das als eine Aufforderung, auch die Anstrengungen des Erzählers Péter Nádas als amüsant wahrzunehmen. Sie erinnern sich an die Muskelmänner in gestreiften Oberseiten aus den Karikaturen um 1900? Sie stemmen riesige Gewichte, aber sie sehen sehr komisch aus dabei. So habe ich immer wieder auf den Erzähler in Nádas' Romanen geblickt.

Er hört die Musik seiner Sätze

In seinem Essay „Heimkehr“ aus dem Jahr 1985 erzählt Nádas, wie er als beginnender Autor die Musik seiner Sätze zu hören beginnt. Wie sie ihn wegtreibt von der Geschichte, die er erzählen will, „wie die Wörter anfangen, an meiner Stelle zu denken... Ich musste also nun nicht mehr nur darauf achten, ob eine Aussage die angemessene authentische Bedeutung, sondern auch darauf, ob die von der Textmusik be-

einflusste Aussage sich selbst gut gedacht hatte.“ Der Tod vom 26. August 2026 war Péter Nádas' zweiter Tod. Den ersten erlebte er 1993, mit 51, als er auf offener Straße einen Herzinfarkt erlitt und von den Ärzten aus dem klinischen Tod ins Leben zurückgeholt wurde.

Er hat auch diese Erfahrung beschrieben. In einem 2002 im Steidl-Verlag erschienenen Bildband „Der eigene Tod“ von gerademal 287 Seiten.

Bevor Nádas ein Autor wurde, war er Fotograf gewesen. In diesem Band ist auf jeder zweiten der schweren Tiefdruckseiten ein Farbfoto. Ihm gegenüber ein Text, der manchmal nur eine Zeile lang ist. Die Fotos sind Aufnahmen, die Péter Nádas von dem in seinem Garten stehenden Wildbirnenbaum in dem westungarischen Dorf Gombosszeg, gemacht hat. Merkwürdig unscharfe Aufnahmen, die mich daran erinnern, wie ich als elfjähriger Schüler durch die Brille eines Klassenkameraden sah und entdeckte, dass man an einem

Baum nicht nur ganz allgemein das Laubwerk, sondern jeden einzelnen Ast, ja jedes einzelne Blatt erkennen konnte. Ich bekam auch eine Brille. Jetzt auf Nádas' Wildbirnenbaum blickend, war es, als hätte man mir die Brille abgenommen und ich sähe wieder keine Blätter mehr, sondern nur noch das Ganze. Das war ein Bild des Lebens. Der Text daneben beschrieb detailliert, wie sein Autor die Anzeichen des kommenden Todes übersah, wie er nicht mehr stehen konnte, wie er sein Bewusstsein zwar nicht verlor, aber nichts blieb von seinem „Alltagsbewusstsein“. „Nach ziemlich viel Zeit“ beobachtete er, dass sein Körper infolge der starken Stromstöße unkoordiniert zitterte. „Haut und Haar auf meiner Brust rauchten buchstäblich. Man hatte mir den Stempel der Reanimation ins Fleisch gebrannt. Ich zappelte, trat und schlug um mich, so sehr ich auch wollte, ich konnte meine Glieder nicht im Zaum halten.“

Er lebte. Alle waren glücklich. Er nicht. Tot war er es einen ewigen Augenblick – dreieinhalb Minuten lang – gewesen. Das Leben, vor dem er ein Leben lang in Todes-, Selbstmordfantasien und -versuchen davongelaufen war, hatte ihn wieder. „Das war eine große Enttäuschung. Danach brauchte ich Zeit, um mich daran zu gewöhnen, dass ich wieder da bin.“ Nach einer Weile setzte er sich an seinen Schreibtisch und schrieb weiter an den „Parallelgeschichten“. Die hatten also nicht nur das Ende des Sowjetreiches und damit auch des sozialistischen Ungarn, sondern auch Tod und Wiedergeburt ihres Autors erlebt.

Der hat übrigens dem Bildband von 2002 zu einer bilderlosen Auferstehung im Jahre 2006 verholten, als er dem Text von „Der eigene Tod“ einen kleinen über den Wildbirnenbaum hinzufügte und beide unter dem Titel „Behutsame Ortsbestimmung“ im Berlin-Verlag herausbrachte. Auf 79 Seiten. Das sei Ihre Einstiegsdroge.

FR stärkt ihre überregionale Stimme

Interner Umbau ermöglicht mehr Recherchen – und den Start eines Hauptstadtdressorts

mann (35) zur Seite. Die organisatorische Neuaufstellung geht mit einer Modernisierung redaktioneller Abläufe einher.



Chefredakteur (komm.) Michael Bayer (v.l.) lässt Christine Dankbar ein Hauptstadtdressort gründen. Pitt von Bebenburg leitet künftig das aktuelle Überregionale mit Vice Valérie Eiseler und Steffen Herrmann.

M. MÜLLER

Künftig wird die Produktion der Zeitungsseiten verstärkt technisch unterstützt. Die dadurch gewonnenen Kapazitäten nutzt die Frankfurter Rundschau für den Ausbau eigener redaktioneller Inhalte. „Mit der technischen Unterstützung in der Seitenproduktion gewinnen wir mehr Freiräume für das, was die Frankfurter Rundschau auszeichnet: eigene Recherchen, fundierte Analysen und eine unverwechselbare Berichterstattung“, sagt Michael Bayer. Diese Ausrichtung stärkt die Zeitung ebenso wie die digitalen Angebote der Frankfurter Rundschau. Aktuell zählen dazu das E-Paper, die App „FR+“, der wöchentliche Klima-Newsletter und die Web-site FR.de.

FR-Geschäftsführer Max Rempel unterstreicht: „Die Me-

diennutzung verändert sich rasant. Deshalb investieren wir konsequent in unsere journalistische Stärke und schaffen die organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass die Frankfurter Rundschau ihr klares Profil auf allen Kanälen weiter ausbauen kann.“

Der künftige Ressortleiter Pitt von Bebenburg hebt hervor: „Ich bin der Frankfurter Rundschau seit Jahrzehnten eng verbunden und will im Team daran mitwirken, unsere Medienmarke weiter in die Zukunft zu führen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass eine linksliberale Stimme wie die FR in einer Zeit, in der Fragen von Demokratie, Zusammenhalt und gesellschaftlicher Verantwortung viele Menschen bewegen, gebraucht wird wie selten zuvor.“ FR